Ausgabe 03/18

forumZFD

MAGAZIN

Meinung
Fluchtursache Waffenhandel

Thema
Militarisierung und Migrationsabwehr in Europa

Reportage
Eine Schule für alle

Im Gespräch
Aline Watermann „Dann fahren wir halt selber hin“

Was Sie in diesem Heft erwartet

5 Meinung
Fluchtursache Waffenhandel

6 Thema
Militarisierung und Migrationsabwehr in Europa

10 Reportage
Eine Schule für alle

14 Im Fokus

16 Im Gespräch
Aline Watermann „Dann fahren wir halt selber hin“

20 Rätsel & Rezept

22 Kurznachrichten

23 Friedenspolitik

24 Friedensläufe

26 Stiftung

27 Spenden

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

und aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt / Evangelischer Entwicklungsdienst

Über das forumZFD

Wir im forumZFD unterstützen Menschen in gewaltsamen Konflikten auf dem Weg zum Frieden. Unsere Organisation wurde im Jahre 1996 von Friedens- und Menschenrechtsgruppen gegründet – als Reaktion auf die Balkankriege. Seitdem setzen wir uns für die Überwindung von Krieg und Gewalt ein.

Heute arbeiten wir zusammen mit Friedensberaterinnen und -beratern in Deutschland und zehn weiteren Ländern in Europa, dem Nahen Osten und Südostasien. Ohne eine gute Ausbildung wäre unsere professionelle Arbeit in Konflikten nicht möglich. Diese bietet unsere Akademie für Konflikttransformation für Menschen in der internationalen Friedensarbeit an. Mit Kampagnen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit setzen wir uns aktiv für eine zivile Friedenspolitik ein.

Die Bundesregierung hat uns als Trägerorganisation des Zivilen Friedensdienstes anerkannt. Wir sind Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Unsere Arbeit finanzieren wir über öffentliche und private Zuschüsse, Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Das forumZFD erhielt 1997 den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis, 2005 den Göttinger Friedenspreis und im Jahr 2014 den Friedenspreis Sievershäuser Ermutigung.

Impressum

Herausgeber:
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
E-Mail: kontakt@forumZFD.de
Internet: www.forumZFD.de
Telefon: 0221 – 91 27 32-0

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.), Kristin Kretschmann, Thomas Oelerich
Layout und Gestaltung: Sonja Kleffner
Lektorat: www.lektorat.koeln

Auflage: 5.000 Stück
Papier: 100 % Recyclingpapier
Fotos ohne Angaben: © forumZFD

© Mission Lifeline, Hermine Poschmann

Zum Titel

Das Seenotrettungsschiff Lifeline nahm am 21. Juni vor der libyschen Küste Menschen aus zwei Gummibooten auf. Eine Woche lang musste das Schiff mit 235 geschwächten und seekranken Gästen vor Malta kreuzen, weil ihm die Einfahrt in einen europäischen Hafen verweigert wurde. Das Bild entstand am fünften Tag dieser Fahrt.

Die zivilgesellschaftliche Seenotrettung im Mittelmeer startete im Jahr 2015, nachdem die staatliche, italienische Seenotrettungsmission Mare Nostrum eingestellt worden war.

Die europäischen Regierungen setzen seitdem von Jahr zu Jahr mehr auf Abschottung und Grenzsicherung. Zunächst übernahm der europäische Grenzschutz Frontex die Mission im Mittelmeer. Seit 2015 wird die Mittelmeergrenze von der militärischen Operation EUNAVOR gesichert und zugleich die libysche Küstenwache zur Grenzsicherung aufgerüstet.

Ihren vorläufigen Tiefpunkt erreichte diese Politik, seitdem im Sommer 2017 und im Juni 2018 mehrere Seenotrettungsschiffe in Italien und auf Malta festgesetzt wurden.

Liebe Leserin, lieber Leser,

den Kopf in den Sand stecken – das kommt für keinen der Menschen infrage, die Sie in dieser Ausgabe kennenlernen.

Ich denke dabei an die Schülerinnen und Schüler im bosnischen Jajce, die sich nicht nach Nationalitäten trennen lassen wollten. Mit ihrem Engagement steckten sie Jugendliche im ganzen Land an, und sie werden nun mit einem Preis für ihre erfolgreichen Proteste ausgezeichnet.

Ich meine auch Jürgen Grässlin, der seit Jahren als Sprecher der „Aktion Aufschrei“ Rüstungsexporte kritisiert. Die Kampagne hat erreicht, dass der Skandal deutscher Waffenexporte auch als solcher in den Medien benannt wird. Ich bin überzeugt: Irgendwann muss die Politik sich diesem öffentlichen Druck beugen.

Die Augen vor dem Sterben verschließen – das ist für die ehrenamtliche Seenotretterin Aline Watermann keine Option. Nirgendwo anders wird die Abschottung und Militarisierung der Europäischen Union gerade so deutlich wie vor der libyschen Mittelmeerküste.

Also: Ärmel hochkrempeln und den Mund aufmachen. Zum Beispiel auf unserer Aktionstagung im Oktober „Wie retten wir das Friedensprojekt Europa?“.

Ich würde mich freuen, Sie dort zu treffen.

Es grüßt Sie herzlich, Ihr

Christoph Bongard

Christoph Bongard
Leiter Kommunikation

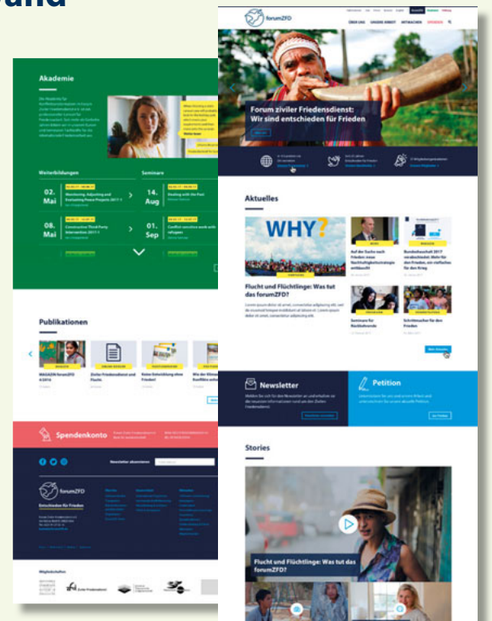
In eigener Sache

Des forums neue Kleider

forumZFD-Website im neuen Gewand

Anderthalb Jahre nach der Einführung des Corporate Design mit neuem forumZFD-Logo hat auch unser Internetauftritt ein neues Gewand erhalten. Die „Website-Familie“ mit Hauptseite, Stiftungs-Seite und Seite der Akademie für Konflikttransformation rückt näher zusammen und erscheint in modernen, klaren und konsistenten Zügen. Im Mittelpunkt stehen großformatige, authentische Bilder, die den Kern unserer Friedensarbeit widerspiegeln. Außerdem haben wir darauf geachtet, dass die höchstmögliche Datensicherheit gewährleistet ist. Und nicht zuletzt: Auch auf dem Smartphone oder dem Tablet lässt sich jetzt viel leserfreundlicher durch die umfangreichen Seiten surfen.

www.forumZFD.de



Friedensläufe 2018

Mit 4.500 Kindern und Jugendlichen hat das forumZFD am 30. Mai in Berlin die diesjährige Friedenslaufsaison eröffnet. Bei strahlendem Sonnenschein war die Motivation trotz enormer Hitzewelle groß. Bereits zum 13. Mal fand der Lauf rund um das Brandenburger Tor statt. Auch in Darmstadt, Aachen und Neuss begaben sich im Juni und Juli insgesamt knapp 6.000 Schülerinnen und Schüler mit viel Energie und Begeisterung auf die Laufstrecken, um Spenden für die Friedensarbeit des forumZFD zu sammeln.

Weitere Friedenslauf-Termine 2018:
14.09. in Münster
21.09. in Jülich
04.10. in Freiburg

Alle Infos unter ***www.run4peace.eu***

Fluchtursache Waffenhandel

Rüstungsexporte verhindern nachhaltige Entwicklung und zwingen Menschen zur Flucht

von Jürgen Grässlin

Die Worte hören sich gut an: „Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung drückt die Internationale Staatengemeinschaft ihre Überzeugung aus, dass sich die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen.“ Diese Agenda schaffe „die Grundlage dafür, weltweiten wirtschaftlichen Fortschritt im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit und im Rahmen der ökologischen Grenzen der Erde zu gestalten“. Ziel 16 erkennt an, dass nachhaltige Entwicklung „nicht ohne Frieden und Stabilität möglich“ ist.

Die Agenda 2030 und ihre 17 Ziele wurden von allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (UN) im September 2015 verabschiedet. Auch von Deutschland. Mit der Realpolitik der fünf ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat und mit der Politik der Bundesregierung haben sie allerdings so viel zu tun wie der Teufel mit dem Weihwasser. Denn die USA, Russland, Frankreich, China und Großbritannien exportierten im Zeitraum von 2013 bis 2017 insgesamt 73,2 Prozent, also knapp drei Viertel aller Großwaffen. Auf Platz vier der Händler des Todes liegt Deutschland mit einem globalen Waffenexportanteil von 5,8 Prozent.

Die sechs führenden rüstungsexportierenden Staaten tragen mit ihren Waffentransfers auf die Kriegsschauplätze der Welt maßgeblich dazu bei, dass dortige Konflikte massiv eskalieren, Entwicklung nachhaltig verhindert wird und Millionen von Menschen flüchten müssen. Dieser Waffenhandel ist eine der zentralen Fluchtursachen.

Und die Bundesregierung: Sie genehmigte in den vergangenen Jahren Kriegswaffenexporte an Diktatoren, Repressoren und Warlords in Krisen- und Kriegsgebieten. Kein Wunder also, dass weltweit Terroristen mit Kriegswaffen aus deutscher Fertigung oder ausländischer Lizenzfertigung schießen.

Menschen müssen vor dem Einsatz nicht nur deutscher Kriegswaffen in den Händen von Regierungstruppen, Guerillaeinheiten oder Terroristen fliehen. Wer Waffen sät, wird zwangsläufig Flüchtlinge ernten. Diese Politik der Bundesregierung ist weder sozial noch christlich. Sie ist heuchlerisch, verlogen und inhuman – und sie zerstört Entwicklungschancen, anstatt sie zu fördern.

Was also ist gefordert? Wer nachhaltige Entwicklung fördern und Fluchtgründe ernsthaft beseitigen will, muss zuallererst bei den Ursachen ansetzen, für die er selbst verantwortlich ist. Einfach und erfolgversprechend wäre ein sofortiger und vollständiger Stopp aller Kriegswaffenexporte an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten. Ein wichtiger Impuls dafür könnte von der deutschen Bundesregierung ausgehen.

© Fotostudio Seeh-Stern

Jürgen Grässlin
ist Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK). Er ist Autor zahlreicher Bücher gegen Waffenhandel und wurde mit bislang zehn Preisen ausgezeichnet, zuletzt mit dem „GRIMME-Medienpreis“ und dem „Marler Medienpreis Menschenrechte“ von Amnesty International.

Militarisierung und Migrationsabwehr in Europa

Die EU verliert die Globalen Nachhaltigkeitsziele aus dem Blick

von Richard Klasen

© Theophilos Papadopoulos, Flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Angesichts ihrer inneren Zerrissenheit konzentriert sich die Europäische Union auf vermeintliche Bedrohungen von außen.

Europa – quo vadis? Mit schwindelerregender Geschwindigkeit baut die Europäische Union, Friedensnobelpreisträger von 2012, zurzeit menschenrechtliche Standards ab und Grenzzäune auf. Seenotretter im Mittelmeer werden juristisch drangsaliert und Menschen in vermeintlich sichere Herkunftsländer wie Afghanistan abgeschoben. Zeitgleich verstärken Deutschland und die EU ihre Kooperation mit nordafrikanischen Despoten, deren Armeen und Polizeikräfte für die EU Flüchtlinge stoppen sollen.

Die Hysterie um Menschen, die vor Kriegen, Hunger und Armut nach Europa fliehen, dominiert inzwischen auch die Entwicklungspolitik. Ab 2021 will die EU ihre Außen- und Entwicklungspolitik umbauen. Die Zeichen stehen dabei auf Abschottung und den Ausbau des Militärs – in Europa und seinen Partnerländern. Für zivile Konfliktbearbeitung fehlt hingegen das Geld.

Die Sorge, Europa könne eines Tages seine Werte verraten, wenn Menschen in größerer Zahl nach Europa flüchten, ist nicht neu. So erinnerte sich der langjährige Entwicklungsminister Erhard Eppler 2017 in einem Interview: „Ich habe Anfang der siebziger Jahre immer gesagt: Leute, wenn wir nicht mehr für Afrika machen, dann kommen wir unter einen Einwanderungsdruck, der uns zum Polizeistaat machen kann."

Versprechen gebrochen bei Entwicklungsfinanzierung

Wenn es um Entwicklungsfinanzierung geht, ist Eppler ein Zeitzeuge: In den frühen siebziger Jahren und damit in seiner Zeit als Minister beschlossen die Mitgliedsländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) in die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Eppler pochte von Anfang an auf eine Einhaltung dieser Zusage. Konsequenterweise trat er 1974 vom Amt des Entwicklungsministers zurück, weil sich die damalige Regierung Schmidt nicht dazu durchringen konnte, ihre internationalen Versprechen einzuhalten.

Im Grunde hat sich bis heute wenig am deutschen oder europäischen Beitrag für die Entwicklungsfinanzierung geändert: Zwar investierte Deutschland nach offiziellen Angaben 2017 immerhin 0,66 Prozent seines BNE in Entwicklung. Doch diese Zahlen sind geschönt, denn nicht alle in die Quote einberechneten Gelder fließen wirklich in nachhaltige Entwicklung. So rechnet die deutsche Bundesregierung die Kosten zur Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland mit in ihre Quote ein: Ohne diesen Zahlentrick, der auch vom Dachverband der Entwicklungsorganisationen in Deutschland (VENRO) kritisiert wurde, bleiben nur noch rund 0,5 Prozent des BNE für Entwicklungszusammenarbeit übrig.

Verteidigungsausgaben sollen deutlich steigen

Während das Thema Entwicklungsfinanzierung medial kaum eine Rolle spielt, beherrscht die Diskussion um eine massive Erhöhung der Verteidigungsausgaben seit dem Amtsantritt des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump regelmäßig die Schlagzeilen. Er pocht auf die Zusage der NATO-Staaten, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, also fast das Dreifache der Ausgaben für Entwicklung, für Militär auszugeben. Die Bundesregierung geht auf das Spiel ein und hat ihren Willen bekundet, perspektivisch das NATO-Ziel mitzutragen. Das gilt auch für die SPD, die im Wahlkampf 2017 das NATO-Ziel noch als unrealistisch und vor allem unsozial gegeißelt hatte: Denn das Geld, das in die Bundeswehr gesteckt wird, fehlt für Bildung, Soziales, Infrastruktur und Entwicklungszusammenarbeit.

Der Koalitionsvertrag enthält dazu einen problematischen Kompromiss: Für jeden Euro, der zusätzlich fürs Militär ausgegeben wird, soll auch ein zusätzlicher Euro in die Entwicklungsfinanzierung fließen. Schon im Juli, also nur vier Monate nach Verabschiedung des Koalitionsvertrags, wackelt diese Zusage. Nach dem NATO-Gipfel im Juli 2018 versprach die Bundesregierung für das nächste Jahr zusätzliche 650 Millionen für die Bundeswehr. Entsprechend mehr Geld für Entwicklung: Fehlanzeige!

Festung Europa

Die Politik der Europäischen Union verändert sich unter dem Eindruck der sogenannten „Flüchtlingskrise" sogar noch stärker: Letztes Jahr gaben die EU-Kommission und das Europaparlament grünes Licht dafür, Gelder aus dem Instrument für Stabilität und Frieden, die bislang ausschließlich für die Friedensförderung bestimmt waren, zur sogenannten „militärischen Ertüchtigung" anderer Staaten einsetzen zu können.

Unter „Ertüchtigung“ ist die Ausrüstung und Ausbildung fremder Armeen durch europäische Soldatinnen und Soldaten zu verstehen. Beispiele sind Armee und Polizeikräfte in Mali oder die libysche Küstenwache. Ein Tabubruch, der leider kaum kritische Resonanz in der Öffentlichkeit erhielt.

Die Rechtsabteilung des Europäischen Rats riet von einer solchen Umwidmung von Geldern aus dem Instrument für Stabilität und Frieden für militärische Ertüchtigung ab. Der juristische Dienst des EU-Parlaments kam zum gleichen Urteil. „Dann aber“, so der Journalist Markus Becker von Spiegel-Online im Juli 2017, „geschah Erstaunliches: Im Januar 2017 legte der Parlamentsrechtsdienst eine zweite Expertise vor, die das genaue Gegenteil behauptete. Plötzlich war die Verordnung kompatibel mit EU-Recht. Insider vermuten, dass die Juristen unter politischen Druck geraten waren.“

Die Außenbeauftragte der Europäischen Union, Federica Mogherini, begründete die militärische Nutzung europäischer Entwicklungsgelder mit dem „Interesse der EU und ihrer Partner. Wir alle stehen vor den gleichen Aufgaben“, ließ sie in einer Pressemitteilung wissen: „Ich traf mich kürzlich mit Ministern der G5-Sahel-Länder (Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad, Anm. d. Verf.), die mir bestätigten, dass sie genau das von uns erwarten.“

Weiter heißt es in der Presseerklärung, diese Maßnahmen seien „Teil der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“, wonach „gerade in Entwicklungsländern Institutionen (…) zur Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität gestärkt werden“ sollten.

EU-Außenpolitik: Migrationsabwehr rückt in den Fokus

Eine juristische Aufbereitung dieser Entscheidung ist indes demnächst gar nicht mehr nötig: Die Europäische Union arbeitet schon an einem neuen „Mehrjährigen Finanzrahmen“ für die Jahre 2021 bis 2027 mit einem „Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit“. Ein Grund zur Entwarnung ist das allerdings nicht, im Gegenteil: Zwölf bislang unabhängige Finanzinstrumente der EU, darunter Haushaltslinien für Frieden, Menschenrechte und Entwicklung, sollen zu einem einzigen Finanzinstrument für Auswärtiges zusammengefasst werden. Begründet wird dies unter anderem mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU und den damit verbundenen Sparmaßnahmen.

Dabei sollen die Ausgaben für Auswärtiges ab 2021 steigen. Die Mittel für Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung sollen hingegen (Stand Juli 2018) von rund 2,3 Milliarden Euro auf etwa eine Milliarde Euro halbiert werden. Das zeigt zweierlei: Geld für auswärtige Politik ist durchaus da, und: Friedensförderung spielt dafür in den Augen der Europäischen Union nur noch eine untergeordnete Rolle.

Andere Zahlen zeigen, wo die Prioritäten liegen: Die europäische Grenzschutzagentur Frontex soll spürbar gestärkt werden. Auch die „Ertüchtigung“ fremder Armeen hat im neuen Finanzwerk wieder Platz gefunden. Und während zumindest die Auslieferung von Waffen und Munition an Drittstaaten im alten Finanzrahmen für Friedensförderung rechtlich nicht möglich war, kann ab 2021 Ausrüstung im Wert von stolzen 10,5 Milliarden Euro an die Armeen von Partnerländern ausgeliefert werden. Zynischer Name dieses neuen Programms ist „European Peace Facility“, also „europäische Friedenseinrichtung“. Es sollen vor allem Staaten entlang der Fluchtrouten wie der Sahelregion aus diesem Fonds aufgerüstet werden. Weitere 13 Milliarden Euro sind in den Jahren 2021 bis 2027 für die Subventionierung der europäischen Rüstungsindustrie eingeplant. Auf diese Weise sollen neue Absatzmärkte für die europäische Rüstungsindustrie erschlossen werden.

Viele Bürgerinnen und Bürger lehnen die Abschottung Europas ab. Sie treten für eine offene Gesellschaft ein.

© Rasande Tyskar, Flickr, CC BY-NC 2.0

Die europäische Entwicklungs- und Friedenspolitik steht damit vor einem Paradigmenwechsel: Sie soll nun offenbar vollkommen der Sicherheitspolitik und der Migrationsabwehr untergeordnet werden.

Ein Friedensprojekt gibt sich auf

Die Europäische Union droht damit, ihren Anspruch als Zivilmacht endgültig aufzugeben. Ein Staatenbund, der angetreten war, die blutigen Verwerfungen des 20. Jahrhunderts zu überwinden und die Freundschaft zwischen den Völkern zu fördern, positioniert sich zu Anfang des 21. Jahrhunderts als Förderer der Rüstungsindustrie und Grenzfeste zu ihren Nachbarregionen im Nahen Osten und Nordafrika.

Die Bundesregierung ist eher treibende Kraft dieser Entwicklungen als deren kritisches Korrektiv. Das zeigte die Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf der 18. Jahrestagung des Rats für nachhaltige Entwicklung im Juni. Zur Rolle der Europäischen Union bei der Umsetzung nachhaltiger Entwicklung sagte sie: „Damit bin ich bei einem großen Punkt, der, glaube ich, im Augenblick die größte Gefahr für die Zukunft der Europäischen Union ist, nämlich bei der Frage: Wie reagieren wir auf Migration und illegale Migration?“ Sie gab selbst die Antwort: „Wir brauchen eine europäische Grenzpolizei. Wir brauchen ein System der flexiblen Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Und wir brauchen (…) eine konsequente Bekämpfung von Fluchtursachen mithilfe eines neuen Pakts mit Afrika, eines Marshallplans mit Afrika. (…) Darin sehe ich eine der großen Herausforderungen für Europa. Und wir brauchen auch einen vernetzten Ansatz von Entwicklungs-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.“

Im Kalten Krieg teilte der Eiserne Vorhang Europa, wie im Bild an der österreichisch-ungarischen Grenze. Ein Vierteljahrhundert später werden in Europa neue Zäune hochgezogen.

© Janosi, Flickr, CC BY-NC 2.0

Die Weichen werden noch gestellt

Der mehrjährige Finanzrahmen der EU für die Jahre 2021 bis 2027 ist noch nicht beschlossen. Noch kann die Zivilgesellschaft die skizzierte sicherheits- und verteidigungspolitische Ausrichtung der europäischen Außenpolitik mit ihrem Fokus auf Migrationsabwehr wie auf eine Stärkung militärischer Komponenten zulasten der Gelder für zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung verhindern.

Politischer Protest ist aber bislang kaum zu vernehmen, während die Europäische Kommission aufs Tempo drückt: Geht es nach ihr, soll der Finanzrahmen noch vor der Europawahl im Mai 2019 beschlossen werden. Viele Expertinnen und Experten halten diesen Plan aufgrund des knappen Zeitrahmens für unrealistisch. Es gibt neben nüchtern-administrativen auch grundsätzliche demokratische Bedenken: Eine solche gravierende Neuausrichtung europäischer Politik müsste ausführlicher in den Parlamenten debattiert werden. Für zivilgesellschaftliche Organisationen der Friedens- und Entwicklungsarbeit bietet die anstehende Europawahl im nächsten Jahr eine Gelegenheit, um ihre Kritik vorzubringen.

Nicht zuletzt sind jetzt die Bürgerinnen und Bürger Europas gefragt: Sie können sich in den nächsten Monaten stärker für das Friedensprojekt EU einsetzen.

von Richard Klasen, Referent für nachhaltige Entwicklung und Friedenspolitik des forumZFD.

Eine Schule für alle

Wie Schülerinnen und Schüler im bosnischen Jajce erfolgreich gegen ihre Trennung protestierten

von Sarah Freeman-Woolpert, Autorin von www.wagingnonviolence.org

Über ein Jahr lang wehrten sich die Schülerinnen und Schüler der Stadt Jajce gegen die ethnische Trennung an Schulen in ihrer Stadt. Die Regierung plante eine neue Schule ausschließlich für bosniakische Schülerinnen und Schüler. Ihr hartnäckiger Protest hatte Erfolg: Die Regierung stoppte schließlich die geplante Eröffnung der Schule. „Sie wollten uns trennen, damit wir glauben, wir wären nicht gleich. Aber wir sind schlauer als sie", erklärte der 15-jährige Refik Heganović, als die Nachricht bekannt wurde.

Kurz vor den Sommerferien hatten die Schülerinnen und Schüler zum Protest vor dem Bildungsministerium aufgerufen. Dann ging die Ministerin überraschend auf die Forderungen ein, und die Demonstranten konnten ihren Erfolg feiern.

Die neue Schule hätte das System der ethnischen Segregation von Jajces Grundschulen auf die Oberschulen ausgeweitet. Lokale Politikerinnen und Politiker der bosniakischen Mehrheitspartei der Demokratischen Aktion (SDA) riefen die Initiative im Jahr 2016 ins Leben. Sie warben für die neue Schule als Möglichkeit, bosniakischen Schülerinnen und Schülern einen eigenen nationalen Lehrplan zu garantieren.

Bislang orientierte sich der Unterricht an Jajces beiden Oberschulen am kroatischen Lehrplan. In Geografie oder Geschichte wurde die kroatische Sichtweise unterrichtet. Außerdem waren die Abschlusszeugnisse von einem umstrittenen kroatischen Nationalsymbol geziert. Viele empfanden das vorherrschende Schulsystem deswegen als diskriminierend für bosniakische Schülerinnen und Schüler.

Widerstand regte sich

Nachdem die Regierung ihren Plan für eine neue bosniakische Schule bekannt gegeben hatte, organisierten die Schülerinnen und Schüler Widerstand gegen das Vorhaben. Zunächst veranstaltete eine kleine Gruppe einen Protestmarsch durch das Stadtzentrum von Jajce. Dabei schwangen sie die Flaggen von Kroatien, Serbien und Bosnien und Herzegowina als Symbol der Einheit zwischen den drei größten ethnischen Gruppen der Stadt. Ihre Aktion erhielt große Aufmerksamkeit von einheimischen und ausländischen Medien. Repräsentantinnen und Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft erklärten sich solidarisch mit den Protesten der Jugendlichen aus Jajce.

Der Druck auf die lokale Regierung wuchs, ihren Plan für die neue bosniakische Schule zurückzuziehen. Das Parlament des zentralbosnischen Kantons vertagte daraufhin im August die Entscheidung, die neue Schule schon zum nächsten Schuljahr einzurichten.

Es schien, als wäre der Protest erfolgreich gewesen. Doch die Schülerinnen und Schüler wussten es besser: Sie sagten voraus, dass es nur eine Frage der Zeit wäre, bis die Politikerinnen und Politiker den Plan wieder aufnehmen würden. Denn mit einer neuen ethnisch homogenen Schule könnten die nationalistischen Parteien gleich mehrere ihrer Interessen verfolgen, kritisierten die Jugendlichen: Sie könnten loyale Parteianhänger als Mitarbeitende einstellen, und sie könnten Kinder und Jugendliche nach ethnischer Zugehörigkeit trennen. Damit würden die Schülerinnen und Schüler anfälliger für nationalistische Manipulationen. ▸

Bild links: © forumZFD / Bild rechts: © BoKu, Wikimedia Commons, CC BY 3.0

Bild links: Rund 30.000 Menschen leben in Jajce in Zentralbosnien. Im Krieg von 1992 bis 1995 war die Stadt stark umkämpft und wurde mehrfach bombardiert.

Aktiv in Jajce:
Das Engagement des forumZFD-Partners Nansen Dialog Zentrum

Im Mai 2016 ging eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern der mittleren Berufsschule „Jajce" auf die Straße. In dieser kleinen Stadt im mittleren Bosnien leben in fast gleichem Maße Bosniaken und Kroaten und wenige andere ethnische Gruppen. Sie protestierten gegen einen Beschluss des Bildungsministeriums des Mittelbosnischen Kantons, die drei multiethnischen Schulen in sechs monoethnische Schulen mit bosniakischem bzw. kroatischem Lehrplan aufzuteilen. Die Bildungsministerin folgte damit dem weithin verbreiteten Prinzip ‚Zwei Schulen unter einem Dach'. In Bosnien und Herzegowina gibt es insgesamt 54 Schulen, an denen ethnische Segregation herrscht.

Das Nansen Dialog Zentrum Sarajevo unterstützt seit vielen Jahren lokale Initiativen in Jajce und anderen Orten aus der Überzeugung heraus, dass nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen ‚von unten' wachsen müssen. Den erfolgreichen Schülerprotesten von 2016/2017 ging eine langfristige lokale Arbeit vieler Organisationen voraus. Mit dem Erfolg der Schülerinnen und Schüler aus Jajce wollen wir landesweit Jugendliche dazu ermutigen, auf ähnliche Art und Weise gegen bestehende oder neue ethnische Teilungen aufzustehen.

Die Schülerinnen und Schüler aus Jajce setzen ihr Engagement nach ihrem Erfolg im Sommer 2017 fort. Sie haben eine Aktion an ethnisch geteilten Grundschulen gestartet, um Vorurteile und Stereotypen abzubauen und Freundschaften zwischen den Ethnien zu schaffen. Ab dem nächsten Jahr werden auch Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums aus Mrkonjić Grad, einer benachbarten Stadt in der Republika Srpska, an gemeinsamen Veranstaltungen teilnehmen.

Dr. Nebojša Šavija-Valha,
Nansen Dialogue Center Sarajevo

„Trotzdem geht es gemeinsam“ heißt es auf dem Plakat bei der Demonstration vor dem Bildungsministerium in Travnik am 20. Juni 2017.

„Wir sind hier, um die Zukunft zu gestalten, und nicht, um die Vergangenheit zu wiederholen.“

„Segregation ist eine schlechte Investition“, meinen diese Schüler.

Zweiter Versuch mit unfairen Mitteln

Die Schülerinnen und Schüler sollten recht behalten. Im März 2017 gaben die Zuständigen des Kantons bekannt, zum folgenden Schuljahr die neue bosniakische Oberschule zu eröffnen. Sie hätten bereits begonnen, das Lehrpersonal einzustellen. Um ihr Vorgehen zu rechtfertigen, berief sich die Regierungspartei SDA auf eine Petition, die angeblich von 500 Eltern bosniakischer Schülerinnen und Schüler, die die Idee für eine getrennte Schule unterstützten, unterzeichnet worden sei.

Die Petition war jedoch nie öffentlich gemacht worden. „Ein Jahr nachdem der Ortsverein der bosniakischen Partei SDA die Petition zum Ministerium geschickt hat, wissen wir immer noch nicht, wer die Petition organisiert hat, wer sie unterschrieben hat und wer die Eltern vertreten hat“, sagt Samir Beharić, ein Schüleraktivist aus Jajce. „Das war eindeutig Betrug“, meint er.

Seiner Meinung nach wurde die Petition von den Politikerinnen und Politikern der SDA in der Hoffnung erdacht, dass niemand etwas bemerken oder sich beschweren würde. „Sie brauchten eine offizielle Grundlage, um eine neue, separate Schule zu fordern, aber weder der Elternbeirat noch die einzelnen Eltern haben jemals von der Petition gehört. Ich denke, die Petition wurde von erfundenen Eltern unterschrieben, vielleicht sogar von Toten. Die SDA und andere politische Parteien wissen, wie man Tote zum Wählen mobilisiert. Diese Petition ist nur ein Vorgeschmack auf die kommenden Wahlen.“

Die Schülerinnen und Schüler reagierten auf die Ankündigung, indem sie am 27. März den Unterricht verließen und vor ihren Schulen protestierten. Dieses Mal erhielten sie die Unterstützung zahlreicher Lehrerinnen und Lehrer, die sich an die Seite der Schülerinnen und Schüler stellten, obwohl sie damit ein Disziplinarverfahren in Kauf nahmen. Viele Schülerinnen und Schüler beteiligten sich sogar gegen den Willen ihrer Eltern an den Protesten. Manche wurden wegen ihres Engagements von Freunden ausgegrenzt, andere wurden deswegen sogar von der Freundin oder dem Freund verlassen.

Aufruf „Gemeinsame Schule“ verbreitet sich

Zunächst trieb die Regierung ihre Pläne trotz der Proteste voran. Doch der Widerstand wuchs an. Schülerinnen und Schüler aus dem ganzen Land solidarisierten sich mit den Protesten in Jajce. Auf Twitter und Facebook verbreitete sich der Hashtag #škzjdn. Er steht für škola zajedno (gemeinsame Schule). In der Stadt Mostar veranstalteten Jugendliche ein Straßentheater zur Unterstützung der Schülerinnen und Schüler in Jajce. Zahlreiche Prominente, Komiker und bekannte Rapper bekundeten im Internet ihre Unterstützung für die Jugendlichen. Die Initiative Bolja Škola (Bessere Schule) übte vor Ort mit Veranstaltungen und mit einer Petition für einen neuen multiethnischen Lehrplan Druck auf die Regierung aus.

Es wurde Juni, und bald müssten sich die Eltern in Jajce entscheiden, ob sie ihre Kinder an der neuen bosniakischen Schule anmelden. Für viele Anhänger der Protestbewegung war zu diesem Zeitpunkt unklar, ob ihre Bemühungen etwas bewirkt hatten. Die Sommerferien standen bevor, und es würde schwierig, die Schülerinnen und Schüler in dieser Zeit für Protestaktionen zu mobilisieren.

Kurz vor dem Ende des Schuljahres planten sie eine letzte Aktion, bei der sie Schülerinnen und Schüler aus ganz Bosnien und Herzegowina mit in ihren Protest einbezogen. Unterstützung erhielten sie von der Gruppe Naša Škola (Unsere Schule), ein Netzwerk von zahlreichen Jugendorganisationen, das sich für die Abschaffung der Trennung an Schulen einsetzt. Die Demonstration sollte vor dem Bildungsministerium des Kantons in Travnik stattfinden, dessen Angestellte für die Einrichtung der neuen Schule verantwortlich waren.

Bilder links: © forumZFD, Travnik

Ein unerwarteter Erfolg

Zur Überraschung aller gab die Bildungsministerin des Kantons, Katica Čerkez, am 18. Juni bekannt, dass der Plan für die neue Schule aufgegeben wurde. Mehr noch: Sie kündigte an, dass bosniakische Schülerinnen und Schüler in Zukunft nach dem bosniakischen Lehrplan für Geschichte und Geografie unterrichtet werden können. Auch das nationalistische kroatische Symbol sollte dem Wunsch der Schülerinnen und Schüler entsprechend von den Zeugnissen entfernt werden. Statt des geplanten Protests fand in Travnik daraufhin eine riesige Erfolgsfeier statt. Schülerinnen und Schüler aus dem ganzen Land jubelten den Jugendlichen aus Jajce bei ihrer Ankunft zu.

Ein Jahr nach dem Erfolg der Schülerinnen und Schüler bleiben ihre Schulen in Jajce offen für alle. Einige Fächer wie Geschichte, Geografie und Religion werden nun getrennt unterrichtet. Die karierte Flagge, das nationale Symbol Kroatiens, das auf den Zeugnissen abgebildet war, wurde für bosnische Muslime entfernt und durch das Wappen von Bosnien und Herzegowina ersetzt.

Die Kampagne erhielt auch viel Unterstützung vonseiten internationaler Organisationen, allen voran durch den Hohen Repräsentanten in Bosnien und Herzegowina. Aktivist Marko Barišić bleibt dennoch kritisch: Man dürfe nicht vergessen, dass die internationale Gemeinschaft nach dem Ende des Bosnienkrieges eine Rolle dabei gespielt hat, dass nationalistische Politikerinnen und Politiker das System der „Zwei Schulen unter einem Dach“ etablieren konnten. „Wir, die Jüngsten in diesem Land, die am stärksten von diesen Entscheidungen betroffen sind, fordern die internationale Gemeinschaft auf, ihre Fehler der Vergangenheit wiedergutzumachen und endlich mit denjenigen zu kooperieren, die Bosnien und Herzegowina zu einem einladenden Ort für alle machen wollen!“, schrieb Barišić auf Facebook.

Die Mission geht weiter

Ermutigt von dem Erfolg in Jajce sind inzwischen Schülerinnen und Schüler aus ganz Bosnien und Herzegowina entschlossen, die ethnische Trennung an Schulen in ihrem Land zu beenden. Sie erfahren, dass sie eine Veränderung des geteilten Bildungssystems erkämpfen können. Viele Aktivistinnen und Aktivisten meinen, dass dies erst der Anfang eines viel größeren Kampfes ist, die ethnische Segregation vollständig abzuschaffen.

„Unsere Mission ist noch nicht vorbei“, sagt auch Schüler-Aktivist Refik Heganović. „Wir müssen noch viel tun, aber wir sind einen Schritt näher am Ziel.“ Adna Sokolović, eine Schülersprecherin der Gruppe Naša Škola stimmt zu: Die Gruppe hoffe, nach dem Erfolg in Jajce nun auch in anderen Orten die Segregation an Schulen zu beenden.

Im Juli 2018 erhielten die Schülerinnen und Schüler aus Jajce die Nachricht von einer besonderen Anerkennung für ihr Engagement: Sie werden am 9. November in Den Haag mit dem Max-van-der-Stoel-Preis ausgezeichnet. ■

Sarah Freeman-Woolpert forschte zwei Jahre in Sarajevo über Jugendbewegungen auf dem Balkan. Sie lebt in Washington, D.C., und ist Ko-Herausgeberin des Journal of Resistance Studies.

Der Artikel ist zuerst erschienen auf ***www.wagingnonviolence.org.***

forumZFD in Bosnien und Herzegowina: Projekte für Friedensbildung und gegen ethnische Segregation

Das forumZFD unterstützt in Bosnien und Herzegowina seit vielen Jahren Organisationen und Projekte im Bereich Bildung und Jugend. Zum Beispiel arbeitet das forumZFD mit dem Jugendzentrum in Gornji Vakuf-Uskoplje zusammen. In der ‚geteilten‘ Stadt mit bosnisch-kroatischer und bosniakischer Bevölkerung unterstützt das forumZFD gemeinsame Aktivitäten für Jugendliche.

In diesem Jahr lädt das forumZFD zusammen mit sechs Organisationen aus dem Westbalkan bereits zum zweiten Mal Schüler und Schülerinnen aus Bosnien und Herzegowina, Serbien, Mazedonien und dem Kosovo zu einer Sommerschule unter dem Titel ‚Challenge History- REACT for the Future‘ ein.

Das forumZFD engagiert sich außerdem in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern und erstellt Materialien für die schulische und außerschulische Bildung. Das Handbuch ‚Erinnerung in Bewegung‘ wird an einigen Geschichtsfakultäten in der Lehrerausbildung eingesetzt und an vielen Schulen im Unterricht genutzt. In Kooperation mit der bosnischen Geschichtslehrervereinigung EUROCLIO hat das forumZFD bereits mehrere hundert Lehrende zur Arbeit mit dem Handbuch ausgebildet.
In Jajce arbeitet das forumZFD dazu mit dem Nansen Dialogue Center zusammen, das Jugendliche, Lehrende und Eltern in ihrem Protest gegen die Schultrennung unterstützte.

Zusammen mit dem Helsinki Komitee aus Bijeljina im Norden Bosniens setzt sich das forumZFD dafür ein, multi-perspektivisches Unterrichtsmaterial zur Friedenserziehung in den Lehrplan aufzunehmen und Schülerinnen und Schüler nicht länger nach ethnischer Zugehörigkeit zu trennen.

Mehr Informationen über unsere Arbeit in Bosnien und Herzegowina und im Westlichen Balkan finden Sie auf:
www.forumZFD.de/westlicher-balkan
www.dwp-balkan.org

ENDE GELÄNDE!

4.500 Menschen vom Bündnis „Ende Gelände“ demonstrierten im November letzten Jahres am Tagebau Hambach für den Kohleausstieg. Die Aktivistinnen und Aktivisten blockierten das Gelände so, dass der Energiekonzern RWE den Betrieb von Kohlebaggern und eines Förderbands einstellen musste.

Höchste Zeit. Denn die Auswirkungen des Kohletagebaus auf unser Leben sind enorm. „Es kann nicht sein, dass es ‚legal‘ ist, für den Kohleabbau Dörfer und Wälder abzubaggern und durch die Verbrennung von Kohle den Klimawandel zu befeuern“, so Dorothee Häußermann, Pressesprecherin von Ende Gelände (www.ende-gelaende.org). „Wenn die Gesetze die Zerstörung von Lebensgrundlagen schützen, dann müssen wir uns über sie hinwegsetzen.“ ▪

© Pay Numrich, Flickr, CC BY-SA 2.0

„Dann fahren wir halt selber hin“

Seenotretterin Aline Watermann im forumZFD-Interview

beide Bilder: © Hermine Poschmann

Aline Watermann
hat seit März an Missionen verschiedener Seenotrettungs-Organisationen auf dem Mittelmeer teilgenommen. Im vergangenen Jahr hat sie die berufsbegleitende Weiterbildung zur Friedens- und Konfliktberaterin an der Akademie für Konflikttransformation des forumZFD abgeschlossen. Sie war im Juni 2018 an Bord der Lifeline, als das Schiff mit 235 geretteten Menschen vor Malta kreuzen musste und keinen Hafen anlaufen durfte. Im Gespräch über ihre Erfahrungen beeindruckte uns vor allem ihr Glaube an die Tatkraft der Zivilgesellschaft.

Die Mission Lifeline wurde 2016 von Freiwilligen in Dresden gegründet. Seit September 2016 ist ihr gleichnamiges Schiff im Mittelmeer im Einsatz.

Wie sehr beschäftigen Sie heute noch die Tage auf der Lifeline?

Aline Watermann: Ich bin schon fast zwei Wochen zurück, und die Erlebnisse beschäftigen mich natürlich noch sehr – vor allem, dass unser Kapitän nun allein den Kopf hinhält und sich in Malta vor Gericht verantworten soll, während der Rest der Crew in Freiheit ist. Ich nutze diese Freiheit gerade sehr intensiv, um am Thema dranzubleiben und Öffentlichkeit dafür zu schaffen.

Was haben Sie seit der Rückkehr gemacht?

Aline Watermann: Es gibt erstaunlich viele Interviewanfragen, sowohl von deutscher als auch von französischer Seite. Das kann einen ganz schön auf Trab halten. Es entsteht gerade eine unfassbar aktive Zivilgesellschaft um das Bündnis Seebrücke. Es gibt viele Demos, Informationsveranstaltungen und kreative Aktionen. Eine Münsteraner Designerin entwirft gerade Armbändchen aus recycelter Bademode als Solidaritätszeichen in Orange, der Farbe der Schwimmwesten.

Erleben Sie gerade sehr viel Solidarität?

Aline Watermann: Unfassbar viel. Für mich ist es im Moment das Wichtigste, das zu unterstützen. Es gibt gerade so viele Menschen, die nicht damit einverstanden sind, dass Menschen ertrinken, und die sich solidarisch zeigen wollen.

Erleben Sie auch ganz andere, negative Reaktionen?

Aline Watermann: Natürlich bekomme ich auch negative Stimmung mit, wenn ich mir Medienbeiträge anschaue oder wenn ich die Kommentarspalten lesen würde. Aber wenn man sich darauf zu stark konzentriert, verliert man aus dem Blick, wie viele Menschen und auch viele Politikerinnen und Politiker sich gerade für die Seenotrettung starkmachen. Mehrere Städte wie zum Beispiel Bonn haben sich mit der Seenotrettung solidarisch erklärt und sind bereit, in Zukunft mehr Geflüchtete aufzunehmen. In den Städten und Gemeinden erfahren wir parteiübergreifend positive Resonanz.

Ende Juni haben mehrere Seenotrettungsorganisationen, darunter auch Ihre Organisation, den EU-Regierungen eine Kriminalisierungskampagne vorgeworfen. Dem Kapitän der Lifeline wird beispielsweise vorgeworfen, das Schiff sei nicht ordentlich registriert. Das riecht geradezu nach einem vorgeschobenen Grund, um das Boot im Hafen zu halten.

Aline Watermann: Ganz klar. Es findet gerade eine Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung statt. Dabei handeln wir konform mit internationalem Recht. Wir werden nicht etwa wegen Menschenhandel oder Ähnlichem angeklagt, sondern wegen einer Bagatelle, einem Registrierungsproblem. Mit ähnlichen Argumenten werden auch andere Organisationen auf Malta daran gehindert auszulaufen und das zivilgesellschaftliche Aufklärungsflugzeug Moonbird von der Organisation Seawatch am Boden gehalten. Das kostet täglich Menschenleben. Das ist ein Skandal!

Hat Sie dieses Vorgehen der europäischen Regierungen sehr überrascht?

Aline Watermann: Die letzte Lifeline-Mission fand kurz nach dem Regierungswechsel in Italien statt. Wir wussten, dass die Situation angespannt ist. Aber gleichzeitig ist natürlich extrem erschütternd und schockierend, dass zunächst keine europäische Regierung ihrer Schutzverantwortung nachgekommen ist, als wir mit 235 Menschen an Bord eine Woche vor Malta kreuzen mussten. Als zivile Seenotrettungsorganisationen kompensieren wir politisches Versagen. Das ist sicher keine nachhaltige Lösung. Aber es ist eine große Leistung, was hier aus zivilgesellschaftlicher Initiative aufgebaut wurde. Es braucht jetzt politische Lösungen statt Kriminalisierung.

Was wären denn sinnvolle politische Lösungen?

Aline Watermann: Erst mal brauchen wir die akute Hilfeleistung für Menschen, die im Mittelmeer zu ertrinken drohen. Wir brauchen wieder eine staatliche Seenotrettung, wie vor 2015 mit der Mission Mare Nostrum, nur mit besserer Ausstattung und humanitärem Auftrag. Natürlich brauchen wir auch Aufbauprogramme in Herkunftsländern, vor allem für demokratische Strukturen und Zivile Konfliktbearbeitung. Wir brauchen eine faire Visapolitik und mehr legale, sichere Einreisewege, damit insbesondere Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, überhaupt die Möglichkeit haben, zu ihrem Recht zu kommen. Das kann nicht in irgendwelche Zentren in Nordafrika ausgelagert werden. Und schließlich muss das Dublin-Verfahren so geändert werden, dass die Mittelmeeranrainerstaaten entlastet werden. Kurz gefasst: wir brauchen Brücken, keine Grenzen – das fordert das Bündnis Seebrücke.

Im Fokus der Politik müssen auf jeden Fall die Menschenrechte stehen und nicht Abwehr. Im Moment bricht Europa geltende Rechtsnormen, missachtet das internationale Seerecht und die Genfer Flüchtlingskonvention. Ich meine, wir dürfen nicht so leichtfertig mit den Errungenschaften internationalen Rechts umgehen.

Was hat Sie persönlich dazu bewegt, an einer Seenotrettungsmission teilzunehmen?

Aline Watermann: Ich versuche, es auf meine Weise zu erklären. Eigentlich finde ich es pervers und absurd, dass ich so einfach entscheiden kann: „Okay, ich habe Bock, mich zu engagieren." Dann kaufe ich mir ein Ticket nach Malta, kann da auf ein großes Schiff gehen und das machen. Ich habe Privilegien allein aufgrund meines Passes, aufgrund der Tatsache, dass ich auf diesem Kontinent Europa geboren bin. Doch meine Privilegien sind eingebettet in ein fieses neokoloniales System. Es ist nichts, was ich verdient habe oder worauf ich stolz sein kann. Es ist mehr wie eine gewisse Macht, die mir gegeben wird, ohne dass ich dafür etwas tun musste. Ich als weiße Frau bin auf einem relativ komfortablen Schiff im Vergleich zu dem kleinen Schlauchboot, auf dem sich Hunderte von Menschen quetschen. Und ich habe die Möglichkeit, auf sie zuzufahren und zu sagen: „Hey, hier hast du eine Schwimmweste." Das ist krass. Das ist total absurd und zeigt, wie perfide und absurd das globale System ist.

Wie sind Sie mit dieser Absurdität, mit diesem Machtverhältnis umgegangen?

Aline Watermann: Man könnte meine Entscheidung Privilegien-Teilen nennen. Ich erinnere mich an eine konkrete Situation, bei der ich mich selbst ertappt habe. In einer Nacht sind Parlamentarier bei uns an Bord gekommen, um sich ein Bild von der Situation zu machen. An Bord waren alle ziemlich aufgeregt. Nach dem Abschied der Parlamentarier habe ich mich umgedreht und zu einem unserer Gäste gesagt: „Ja, wir sitzen hier alle im selben Boot." Seine Antwort war: „Sind wir nicht. Es ist anders, weil du dich dazu entschieden hast, uns zu helfen. Wir hatten keine Wahl." Das hat mich wahnsinnig berührt, und mir war klar, er hat recht.

Im Juni 2018 kreuzte die Lifeline mit 235 Menschen an Bord eine Woche lang vor Malta, weil die Häfen ihr die Einfahrt verweigerten.

Lifeline: © Hermine Poschmann

Wie läuft so eine Mission auf der Lifeline ab?

Aline Watermann: Der Verlauf hängt vom Wetter und von der politischen Lage ab. Der Alltag ist in Wachschichten organisiert. An Bord eines Schiffes ist immer relativ viel zu tun, und es ist wichtig, aber nicht immer einfach, sich Pausen zu nehmen und zu schlafen. Es kann sein, dass wir selber Boote in Seenot sichten oder eine Notmeldung reinkommt. Bislang kam sie von der Seenotrettungsleitstelle Rom, die für die sogenannte „Search and Rescue"-Zone vor der libyschen Küste zuständig ist. Sie geben uns eine Koordinate und eine Fallnummer, dann machen wir uns auf den Weg. Wenn die Menschen gerettet sind, werden sie entweder von einem größeren Schiff abgeborgen, oder Italien weist uns einen sicheren Hafen zu. Diese Zusammenarbeit hat die letzten Jahre oftmals gut geklappt.

Doch das ändert sich gerade. Nach dem Willen der EU soll Libyen die Zone bald selbstständig verwalten. Die libysche Küstenwache ist inzwischen dank der europäischen Militäroperation EUNAVFOR Med sehr gut ausgerüstet: Ihre Schiffe sind oft schneller als unsere. Die gute Ausrüstung bedeutet leider nicht, dass sie auch professionelle Rettungseinsätze nach internationalem Recht durchführen. Ganz im Gegenteil. Auch bei unserer letzten Mission kam es zu einer recht prekären Begegnung mit der libyschen Küstenwache. Die geretteten Menschen sagten uns immer wieder: „Wir wollen lieber sterben, als zurück nach Libyen zu gehen."

Was genau ist passiert?

Aline Watermann: Es war ein Einsatz am 21. Juni. In den frühen Morgenstunden wurden Radarsignale geortet. Als sich die Vermutung verhärtete, dass es sich um Boote in Seenot handeln könnte, wurde der Rest der Crew geweckt. Wir sind mit unserem Beiboot zur Suche ausgefahren und haben die Menschen mit Schwimmwesten versorgt. Gleichzeitig hat unsere Brücke die Seenotleitstelle in Rom informiert. In dem Moment wussten wir, dass noch ein zweites und ein drittes Boot in Seenot geraten sind. Darum haben wir die Menschen so schnell wie möglich an Bord der Lifeline gebracht, sind dann zum nächsten Boot und haben auch diese Menschen in Sicherheit gebracht. Während wir auf der Suche nach dem dritten Boot waren, traf die libysche Küstenwache ein, die ebenfalls von Italien informiert worden war. Wir mussten mit unserem Beiboot umkehren, damit wir nicht in Gefahr geraten. Nach langer Diskussion mit unserem Kapitän kamen zwei Mitglieder der libyschen Küstenwache zu uns an Bord. Unsere Bedingung war, dass sie auf keinen Fall Waffen tragen dürfen. Sie wollten die Menschen wieder zurück nach Libyen bringen. Wir haben das verweigert und klargestellt, dass wir damit gegen internationales Recht verstoßen würden. Nach internationalem Seerecht müssen aus Seenot gerettete Menschen in einen sicheren Hafen gebracht werden. Auch die Genfer Flüchtlingskonvention besagt, dass kein Mensch dorthin zurückgebracht werden darf, wo seinem Leben Gefahr droht. Nach angespannter Diskussion ist die libysche Küstenwache schließlich abgezogen und hat uns die Anweisung gegeben, nordwärts zu fahren.

© Hermine Poschmann

Die Geflüchteten auf dem voll besetzten Gummiboot wurden von den Freiwilligen der Lifeline als Erstes mit Rettungswesten ausgestattet.

Mit 235 Menschen und 18 Crew-Mitgliedern an Bord sind wir in Richtung Norden gefahren und haben fast eine Woche in keinen Hafen einlaufen dürfen. Die Menschen an Bord, auch wir Crew-Mitglieder, sind dabei wirklich an unsere Belastungsgrenzen gekommen. Die Krankenstation war im Dauereinsatz. Die Menschen waren durch die extremen Belastungen aus Libyen bereits geschwächt, und die Situation an Bord war eine weitere Strapaze. Ab der zweiten Hälfte der Woche kamen noch Wind und Wellen dazu. Wir hatten also ungefähr 200 seekranke, geschwächte Menschen an Bord, die sich übergaben und schnell dehydrieren konnten. Alle standen unter enormem psychischem Druck. Keiner konnte genau sagen, wie es weitergeht. In der Situation war Kommunikation total wichtig. Wir haben ein Infobrett gebastelt, damit die Leute mitverfolgen konnten: Wo sind wir genau? Was ist der Stand der Dinge? Woran arbeiten wir?

War die Crew auf diese Extremsituation vorbereitet?

Aline Watermann: Wir sind dafür ausgestattet und ausgebildet, Menschen für zwei bis drei Tage gut zu versorgen. Aber es ist etwas anderes, wenn man fast eine Woche in so einer Situation gefangen ist. Wir haben das als Crew den Umständen entsprechend ziemlich gut hinbekommen. Natürlich gibt es Konflikte, wenn so viele Menschen eine Woche eng an eng schlafen müssen. Natürlich liegen die Nerven blank. Bei allen. Man schläft wenig. Man ist physisch geschwächt. Da war unfassbar viel Geduld, Kommunikation und Zusammenarbeit notwendig.

Am Ende habt ihr noch eine politische Lösung erreicht …

Aline Watermann: Ja, man kann es so nennen. Einige europäische Länder haben sich bereit erklärt, die Menschen aufzunehmen. Daraufhin konnten wir nach fast einer Woche endlich in den Hafen von Malta einlaufen. Der enorme öffentliche Druck hat dabei sicherlich geholfen.

Was bleibt?

Aline Watermann: Mich berührt und beeindruckt bis heute, dass wir als europäische Zivilgesellschaft sagen: „Nein, stopp. Wir sind nicht bereit, das Sterben so hinzunehmen. Dann fahren wir halt selber hin." Alles ohne öffentliche Fördermittel. Das ist einfach eine Wahnsinnsleistung. ■

Das Gespräch führte Christoph Bongard,
Leiter der Abteilung Kommunikation im forumZFD

Mitmachen und gewinnen!

Senden Sie uns bis zum 7. September das Lösungswort und gewinnen Sie ein Paket unseres kolumbianischen Friedenskaffees. Unter allen Einsendenden des Lösungswortes losen wir drei glückliche Gewinnerinnen oder Gewinner aus.

Informationen zu unserem fair gehandelten Friedenskaffee finden Sie auf: *www.forumZFD.de/kaffeegemahlen*

Die Rätselfragen:

1. Weltweit größter Waffenexporteur
2. Ziel 16 der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung
3. Deutscher Entwicklungsminister (Vor- und Nachname)
4. Weltweit größter Importeur von Waffen
5. Grundlage für Zusammenarbeit
6. Welches Land nimmt weltweit die meisten Flüchtlinge auf (absolute Zahlen, Stand Ende 2017)?
7. Flüchtlings-Rettungsschiff vor Malta
8. Jüngster Mitgliedsstaat der EU
9. Lange wirkend, zukunftsfähig
10. In welcher Stadt wurden die Ziele für nachhaltige Entwicklung verabschiedet?
11. Beliebtes Gericht in Israel und Palästina
12. Hauptstadt von Bosnien und Herzegowina
13. Instrument der direkten Demokratie
14. Welches forumZFD-Programmland wird zukünftig einen neuen Namen tragen?
15. Transportmittel mit dem größten CO_2-Ausstoß
16. Österreichischer Künstler und Umweltaktivist
17. Geburtsstadt von Bertha von Suttner
18. Bildungsangebot der Akademie für Konflikttransformation
19. Projektland des forumZFD im Nahen Osten
20. Eine Fluchtursache

Die Auflösung des Rätsels finden Sie ab dem 10. September unter ***www.forumZFD.de/raetsel****.*

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26

Shakshuka

Zutaten für 4 Portionen:

- 3 EL Olivenöl
- 1 mittelgroße Zwiebel, gehackt
- 1 Zehe (oder nach Belieben) Knoblauch, zerdrückt
- 1 Paprikaschote, gewürfelt
- 5 reife Tomaten, gewürfelt (oder 1 Dose)
- 2 EL Tomatenmark
- 1 gestr. TL Kreuzkümmel
- 1 gestr. TL Paprikapulver edelsüß
- 1 gestr. TL Salz
- Chilipulver, Cayennepfeffer oder Pfeffer nach Geschmack
- 4 Eier
- Koriandergrün oder glatte Petersilie
- 1 Prise Zimt

Zubereitung:

Olivenöl in einer Pfanne erhitzen. Zwiebel und Knoblauch unter Rühren glasig dünsten, Paprikawürfel hinzugeben und ca. 5 Minuten mitdünsten. Tomatenmark und Gewürze zugeben und kurz anbraten. Mit Tomaten etwa 10 Minuten offen köcheln lassen.

Für die Eier mit einem Löffel vier Mulden in die Masse drücken und je ein Ei hineinschlagen. Abgedeckt weitere 5 Minuten köcheln, bis das Eiweiß gestockt ist. Das Eigelb darf innen noch leicht flüssig sein.

Nach Geschmack mit Kräutern garnieren und direkt in der Pfanne servieren. Dazu passt arabisches Brot oder Pita.

Ob als Frühstück oder zum Abendbrot, die Shakshuka ist ein Klassiker in Israel und Palästina. Unser Kollege Mike Thanner aus Jerusalem bestätigt das gern – und verrät uns seine persönlichen Geheimzutaten: eine Prise Zimt und ganz viel Liebe!

Die Herkunft des Pfannengerichts aus Nordafrika ist nicht bewiesen, beliebt ist es heute darüber hinaus auch in der Türkei, in Spanien und hat es in abgewandelter Form sogar bis nach Südamerika geschafft. Die Zutaten dürfen gern variieren: Von Auberginen über Feta und Variationen mit Lammfleisch oder Chorizo-Würstchen sind der Fantasie kaum Grenzen gesetzt. Die Grundzutaten Tomaten, Zwiebel und Eier sind allerdings unverzichtbar.

Für die klassische palästinensisch-israelische Shakshuka empfiehlt Mike Thanner die Zutaten in unserer Liste.

Guten Appetit!

Shakshuka: © DanaTentis, Pixabay, CC0 Creative Commons / Markt: © DennisJarvis, flickr, CC BY-SA 2.0 / Gemüsekorb: © MarcoVerch, Flickr, CC BY 2.0

© TheCoffee, wikipedia, CC BY-SA 3.0

Hoffnung für Mindanao

Nach 40 Jahren Streit und Ringen um das Recht auf Selbstbestimmung für die muslimisch geprägte Region Bangsamoro auf der Insel Mindanao im Süden der Philippinen haben die Vertreterinnen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Gruppen und der aktuellen Regierung einen Meilenstein erreicht: Das sogenannte „Bangsamoro Basic Law“ (Grundgesetz für Bangsamoro) wurde nach der dritten und finalen Lesung im Senat verabschiedet. Das Repräsentantenhaus hat das neue Autonomiegesetz ebenfalls bestätigt. Nach jahrzehntelangen gewalttätigen Auseinandersetzungen ist damit ein wichtiger Schritt in Richtung einer friedlicheren Zukunft in der Region getan.

© FriedemannW.W., flickr, CC BY-NC 2.0

Wie retten wir das Friedensprojekt Europa?

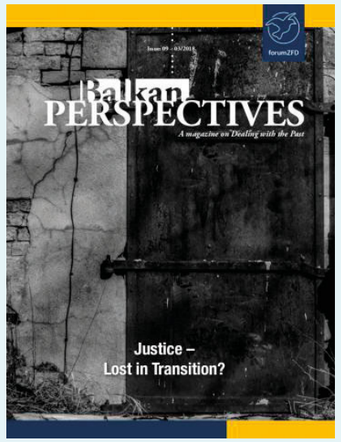
Auf der diesjährigen Aktionstagung des forumZFD am 12. bis 14. Oktober in Königswinter/Bonn beschäftigen wir uns mit der Frage: Wie retten wir das Friedensprojekt Europa? Darüber möchten wir leidenschaftlich diskutieren, Ideen austauschen und konkrete Aktivitäten entwickeln. Interessentinnen und Interessenten finden Informationen zur Aktionstagung unter: ***www.forumZFD.de/aktionstagung_2018***

Finanzierung für Kommunale Konfliktberatung gesichert

Der Europäische Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds AMIF wird das forumZFD-Programm Kommunale Konfliktberatung (KKB) in Deutschland weiter finanzieren. Dem Antrag wurde im Juni stattgegeben. Auch wenn die Höhe der Förderung noch nicht feststeht, ist damit das Fortbestehen dieses besonderen Programms für die nächsten zwei Jahre gesichert. Informationen zum KKB-Programm unter: ***www.forumZFD.de/kkb***

Zwischen Gericht und Gerechtigkeit

Die aktuelle Ausgabe des Magazins Balkan.Perspectives beschäftigt sich mit Gerichtsverfahren und Gerechtigkeit in Bezug auf die jüngste Geschichte des Balkans. Das Magazin wird vom forumZFD auf dem Westlichen Balkan herausgegeben. Es erscheint in Englisch und drei weiteren Sprachen. Finden Sie umfassende Informationen zur Vergangenheitsarbeit in der Region unter ***www.dwp-balkan.org*** (englisch). Das Magazin kann dort als PDF heruntergeladen werden.



© forumZFD, Natasa Govedarica

Gedenktag für den Genozid von Srebrenica

Anlässlich des 23. Jahrestags des Völkermords von Srebrenica am 11. Juni hat das forumZFD-Büro Belgrad eine Aktion der örtlichen Youth Initiative for Human Rights unterstützt. Ziel der Aktion „Srebrenica 8372“ war (die Zahl gibt die Anzahl der Ermordeten wieder), das Schweigen über die gewaltvolle Vergangenheit des Landes zu brechen, zur Übernahme der Verantwortung für dieses Massaker aufzurufen und den Opfern gegenüber Respekt zum Ausdruck zu bringen.

Deutscher Präventionstag in Dresden

Wie bereits in vergangenen Jahren präsentierte sich das forumZFD wieder auf dem Deutschen Präventionstag (DPT), diesmal in Dresden. Vom 11. bis 12. Juni 2018 tauschten sich unterschiedliche Behörden, Ministerien, die Polizei sowie Organisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft zum Thema „Gewalt und Radikalität: Aktuelle Herausforderungen für die Prävention“ aus. Der Informationsstand des forumZFD insbesondere mit dem Programm der Kommunalen Konfliktberatung stieß auf großes Interesse unter den Teilnehmenden.

Agenda 2030: Politik auf dem Prüfstand

Erwartungen beim „Forum Nachhaltigkeit“ im Bundeskanzlerinamt vorgetragen

Fast 1.000 Tage nach der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hatte das Bundeskanzlerinamt am 18. Juni rund 60 Verbände und Organisationen zum Forum Nachhaltigkeit eingeladen, um über Deutschlands Beiträge zur Erreichung der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele zu diskutieren. Das forumZFD war über die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung auf der Veranstaltung vertreten.

Im Mittelpunkt des zweiten „Forums Nachhaltigkeit“ stand die Frage nach dem Stand der Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, dem offiziellen Plan für die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung. Ginger Schmitz, Geschäftsführerin der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und der Ko-Vorsitzende des Sprecherrats, Christoph Bongard, nutzten die Gelegenheit, konkrete Erwartungen an die Bundesregierung vorzutragen.

„Wir begrüßen, dass die neue Bundesregierung die Partizipation der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie mit dem heutigen Forum Nachhaltigkeit und öffentlichen Einladung zu Beiträgen zur Aktualisierung der Nachhaltigkeitsstrategie fortführt.

Wir sind jedoch enttäuscht, dass für 2018 keine Aktualisierung und Erweiterung der Indikatoren zum sogenannten Friedensziel 16 geplant ist. Dabei bietet der Koalitionsvertrag von März 2018 gute Vorlagen, entsprechend ambitioniertere und bessere Indikatoren als die vorhandenen aufzunehmen.

Der Koalitionsvertrag verspricht den Ausbau der zivilen Krisenprävention und Friedensförderung. Hier werden schon länger „zivile Planziele“ und messbare Indikatoren gefordert, um die Aktivitäten der Bundesregierung strategischer zu gestalten.

Mit Sorge verfolgen wir Aussagen auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen der Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung, die nahe legen, die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele sei vor allem als Beitrag zur Migrationskontrolle und sogenannten Fluchtursachenbekämpfung anzusehen. Auf diese Weise in der Bevölkerung für die Nachhaltigkeitsziele zu werben, wird auf lange Sicht unserer Meinung nach nicht zu mehr Akzeptanz und Unterstützung für eine Nachhaltigkeitspolitik beitragen.

Die Zielsetzungen der Nachhaltigkeitsagenda drohen derzeit auch auf EU-Ebene tendenziell noch schneller beiseitegeschoben zu werden. So wird zum Beispiel die Ausbildung und Ausstattung für Partnerarmeen – sogenannte „Ertüchtigung“ – seit dem letzten Jahr über eine Budgetlinie für Friedensförderung finanziert. Eine Budgetlinie, die bislang ausschließlich zivilen Maßnahmen vorbehalten war. Diese Ausrichtung soll nun, auch auf Betreiben der Bundesregierung, ausgebaut werden. Wir verweisen an der Stelle auf die Kritik der führenden deutschen Friedensforschungsinstitute im Friedensgutachten 2018, das Anfang Juni in Berlin vorgestellt wurde. Im Friedensgutachten wird eine klare Trennung von zivilen Programmen und Militärhilfen empfohlen. Wir halten es für nicht akzeptabel, dass derartige Militärausgaben nun auch der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele zugerechnet werden sollen.“

Informationen zur Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung finden Sie unter ***www.dialog-nachhaltigkeit.de***.

© forumZFD, Björn Kietzmann

„Es beginnt in dir“

Porträts: © privat

Friedenspädagogische Workshops begleiten unsere Friedensläufe

Fulgencio Morente Gomez – besser bekannt als „Fug“ aus der Fernsehsendung „Wissen macht Ah“ oder aus der „Sendung mit der Maus“ – ist in der freien Theaterszene für Klein und Groß aktiv. Heike Werntgen ist Theaterpädagogin am Jungen Theater Bonn. Zusätzlich ist sie am theaterpädagogischen Zentrum in Köln tätig, engagiert sich im Regelschulunterricht in Monheim und arbeitet in verschiedensten Theatern und Kitas mit Kindern und Jugendlichen aller Altersstufen. Umfangreiche Erfahrungen bringt die Schauspielerin, Musicaldarstellerin, Moderatorin und Regisseurin in diese Arbeit ein.

Gemeinsam engagieren sie sich in friedenspädagogischen Workshops an Schulen in Vorbereitung auf unsere Friedensläufe und moderieren in einigen Städten am Lauftag die Großveranstaltungen.

Spielend Frieden lernen

Das Theaterstück zeigt: Das Thema Frieden ist wichtig in der Arbeit von Heike und Fug.

Heike arbeitet in inklusiven Projekten, in sogenannten Brennpunkten oder mit Geflüchteten – das Thema „Frieden und Miteinander“ ist da vorprogrammiert. Dabei bleiben schwierige Erfahrungen nicht aus: „Leider wurden schon mehrfach Menschen aus meinen Projekten abgeschoben. Zweimal bereits wenige Tage vor der Aufführung. Niemand sollte so etwas erleben müssen und erst recht nicht als Kind oder Jugendlicher“, erzählt Heike.

Bei den Auftritten von Fug und seiner Frau Janina geht es oft um Freundschaft, denn „Freundschaft ist Frieden im Kleinen“, so Fug. Wichtig ist ihm, dass die Kinder nicht nur zuschauen, sondern mitmachen. Und so gehen seine Frau und er vor allem auf diejenigen zu, die zurückhaltender sind oder eine Mitarbeit zunächst ablehnen.

Im Einsatz für das forumZFD

Zum 10. Jubiläum des Bonner Friedenslaufes im Jahr 2013 erarbeitete Fug einen Refrain für eine „Friedenslaufhymne“ – doch die Strophen blieben leer. In einem Workshop sollten die jungen Friedensläuferinnen und Friedensläufer ihre eigenen Strophen schreiben. Vielen Kindern erschien das zunächst „zu groß“, doch am Ende des Workshops mit Aktionen zum Thema Frieden „hatten alle Kinder – bei allen Arten von Schulen – ihre Reime“, sagt Fug. Man merkt ihm die Begeisterung an. „Das war wirklich toll und sehr beeindruckend“, meint auch Heike. Aus jedem Workshop nahmen die beiden Strophen mit. Das gemeinsam komponierte Lied dröhnte dann beim Friedenslauf laut aus den Boxen. „Es beginnt in dir“, heißt es im Refrain. Und die Kinder sangen laut ihre eigenen Strophen, wie und wo Frieden beginnt.

Begonnen hat mit diesem Workshop auch die gemeinsame Arbeit von Heike und Fug für das forumZFD: Zusammen moderieren sie seither den Bonner Friedenslauf. Seit zwei Jahren sind sie auch beim Jülicher Friedenslauf im Einsatz– und vor allem bereiten sie Kinder und Jugendliche mit wechselnden Workshop-Formaten inhaltlich auf die Friedensläufe vor.

Theaterworkshop „Frau von Hier und Herr von Dort“

Aktuell bieten Heike und Fug unseren Friedenslaufschulen in Aachen, Bonn, Freiburg und Jülich einen Theaterworkshop an. Ausgangspunkt ist ein sprachliches Missverständnis: Herr von Dort wendet sich in einer fremden Sprache freundlich an Frau von Hier. Sie jedoch fühlt sich bedroht. Die Szene, dargestellt von Heike und Fug, bricht ab und die Kinder überlegen: Was ist hier passiert? „Danach, und das ist die eigentliche Aufgabe, spielen sie selbst eine Szene – auch in verschiedenen Sprachen, aber so, dass kein Missverständnis entsteht“, erklärt Fug.

Ein Erlebnis ist beiden im Gedächtnis geblieben: Zwei Mädchen hatten die Aufgabe nicht gelöst – ihre Szene glich zunächst einem Raubüberfall. Nachdem Heike sie aufgefordert hatte, sich zuzuhören – mit allen Sinnen und nicht nur mit den Ohren – schafften sie es schließlich: Ein Mädchen fragte in einer fremden Sprache, wo sie einen Kakao trinken könne. Das andere Mädchen ließ sich nun viel aufmerksamer auf die Szene ein. So war es ihr möglich zu erkennen, was gemeint war: Es ging um einen Weg. „Beide haben sich dann an die Hand gefasst und sind gemeinsam gelaufen. Das war ein sehr berührendes und sogar symbolisches Bild, ohne dass die Kinder das beabsichtigt hatten“, erinnert sich Heike.

Was bleibt nach dem Workshop?

Heike berichtet von einem Schüler, der in einem Krieg „alle Feinde erschießen“ wollte. Die Meinung der Erwachsenen in seinem Umfeld hörte man deutlich heraus. „Toll war es dann aber“, erzählt sie weiter, „mit Hilfe der Übungen und Spiele ein Verständnis für die vermeintlichen Feinde zu wecken.“ Später hörten sie den Jungen sagen: „Das sind auch Menschen, so habe ich das noch nie gesehen.“

Nach jedem Workshop schlagen Heike und Fug die Brücke zum echten Leben: „Es geht nicht nur um lustige Szenen und Missverständnisse. Wir reflektieren, ob die Kinder eine ähnliche Szene schon einmal erlebt oder beobachtet haben. Sie haben dann einiges zu erzählen“, berichtet Fug. Heike fügt hinzu: „Wenn wir Szenen zum Thema Frieden spielen, haben die Kinder ganz deutliche Ideen, was Frieden ist. Wenn dann im Gespräch später herauskommt, dass in jeder Pause geprügelt wird, wird Fugs Song besonders relevant – ‚Es beginnt in dir‘.“

Bei der Reflexion merken Heike und Fug immer wieder, dass die Kinder etwas mitnehmen. Gerade diejenigen, die nichts lernen wollten. „Haben sie aber doch – und das ist sehr befriedigend“, grinst Fug. Auch von den Lehrerinnen und Lehrern bekommen Heike und Fug positive Rückmeldungen: Es gibt unter den Schülerinnen und Schülern ein verändertes Bewusstsein nach den Workshops. Dass dieses Bewusstsein bleibt, daran glauben Heike und Fug fest. „Ich hoffe es sehr, ich wünsche es sehr, aber ich glaube auch fest daran“, sagt Fug, denn schließlich ist „die Arbeit mit Kindern die erfolgversprechendste, wenn man die Zukunft ändern möchte.“

Friedensläufe: Wofür laufen wir?

„Mit den Friedensläufen verbinde ich eine unglaubliche Energie und Kraft. Sie gehören zu den Ereignissen, die mir immer wieder aufs Neue den Glauben an die Menschheit zurückgeben. Wenn so viele Kinder und Jugendliche in der Lage sind, gemeinsam friedlich etwas zu erreichen, dann ist Frieden möglich“, erzählt Heike begeistert. Fug erinnert sich an einen Jungen mit einer körperlichen Behinderung, der beim Bonner Friedenslauf drei Runden gelaufen war. Im Anschluss bat

Heike und Fug moderieren gemeinsam den Bonner Friedenslauf 2017.

© privat

Susanne Kranen, Lehrerin an der August-Macke-Schule in Bonn:

„Der Workshop schafft es auf eine besondere Weise, unsere Schülerschaft einzubinden und zu aktivieren. Heike und Fug gehen authentisch auf die Jugendlichen und ihre Lebenswelt ein. Nach anfänglicher Scheu bei den Kindern gelang es den beiden immer, sie zu mobilisieren, mitzumachen. Alle waren involviert.

Ich erinnere mich auch daran, dass ein Mädchen im Stuhlkreis von ihrer eigenen Fluchtzeit erzählte und dadurch für die Bedeutung von Frieden eingestanden ist. Die Mitschüler waren betroffen und kamen zur Ruhe, nachdem sie sich zuvor eher laut und wild verhalten hatten.“

ihn der Junge um ein gemeinsames Foto. „Ja. Erst machen wir ein Foto von dir mit mir, aber danach will ich ein Foto von mir mit dir. Denn du bist heute der größte Held für mich“, entgegnete Fug. Für ihn war dies einer der eindrücklichsten Momente, denn „der Kerl hat gestrahlt ohne Ende – so viele Tüten hatte ich gar nicht dabei, um diese ganze Energie mitzunehmen.“

Mehrere Klassen der Sekundarschule Jülich nahmen in Vorbereitung auf den Jülicher Friedenslauf 2017 am Theaterworkshop „Frau von Hier und Herr von Dort“ teil.

Im Gedächtnis geblieben sind Heike und Fug auch die vielen Kinder und Jugendlichen mit eigener Fluchtgeschichte, die im vergangenen Jahr am Bonner Friedenslauf teilnahmen. „Das hat den Friedenslauf noch einmal extra wichtig gemacht“, so Heike. Denn die Friedensläufe sind viel mehr als reine Laufveranstaltungen, sind Heike und Fug sich einig.

„Dreimal so motiviert“, so Fug, sind die Kinder und Jugendlichen, die sich zuvor in den Workshops mit dem Thema Frieden auseinandergesetzt haben. In der Masse der Kinder erkennen Heike und Fug oft diejenigen wieder, die ihnen in den Workshops zunächst ablehnend begegnet waren. „Mit diesen Kindern arbeitet man natürlich mehr und intensiver – und wenn man sie dann zum Nachdenken bewegt, dann rennen sie beim Friedenslauf eine Runde nach der anderen“, berichtet Fug. Oft braucht es „nur diese kleine Schippe mehr an Bestätigung und Aufmerksamkeit“, und sie rufen ihm nach jeder Runde voller Stolz zu: „Ey Fug, ich hab jetzt sieben Runden!“

Fug fasst zusammen: „Da kommt echt was an bei den Kindern. Das ist toll. Die Workshops machen Spaß – und es ist schön und befriedigend, wie schnell man dann spätestens beim Friedenslauf feststellt, dass man etwas zurückbekommt.“

von Claudia Osthues, Koordinatorin für Friedensläufe und friedenspolitische Bildung

forumZFD
Stiftung
Forum Ziviler Friedensdienst

„Man soll nie etwas Gutes, sei es noch so klein, aufschieben in der Hoffnung, in der Zukunft Größeres tun zu können.“

Ignatius von Loyola

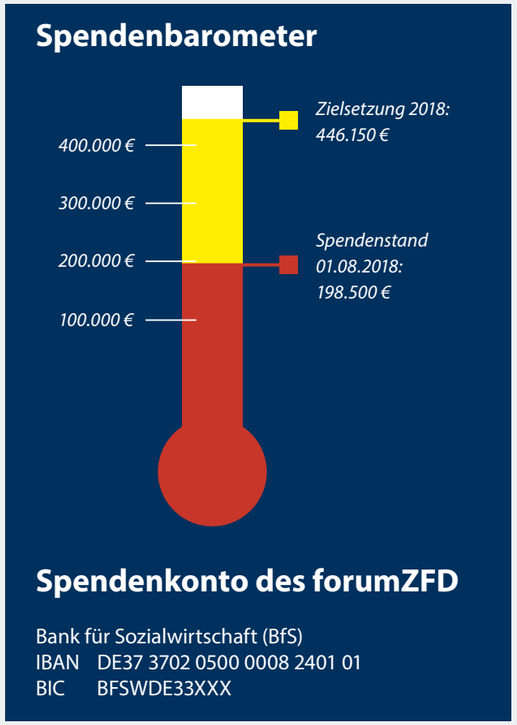
Stiftungsvorstand bestätigt
Auf der Versammlung der Zustifterinnen und -stifter Anfang Juli wurde der bisherige Vorstand der Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst wiedergewählt. Heinz Wagner (Vorsitzender), Margrit Röhm (stellv. Vorsitzende), Neithardt Petry (Schatzmeister) und Tilman Evers (Beisitzer) werden sich auch in den kommenden drei Jahren für die Stiftung engagieren. In seinem Rechenschaftsbericht hatte der Vorstand zuvor berichtet, dass sich in nur dreieinhalb Jahren seit der Gründung der Stiftung mit einem Stiftungskapital von 63.000 € (Dez. 2014) das Stiftungskapital auf insgesamt 286.000 € (Ende Juni 2018) erhöht hat. Für den Berichtszeitraum konnte die Stiftung die Friedensarbeit des forumZFD e. V. mit insgesamt 20.500 € unterstützen. „Unsere primäre Zielsetzung wird auch in den kommenden Jahren sein, mit der Stiftung ein wichtiges Standbein zur Finanzierung der Friedensarbeit des forumZFD auszubauen. Wir freuen uns über die zahlreichen Zustifterinnen und Zustifter, die uns bislang schon tat- und finanzkräftig unterstützt haben“, bedankte sich Neithardt Petry im Namen des Vorstandes.

Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
www.stiftung-forumZFD.de

Spendenkonto Stiftung:
IBAN DE30 3702 0500 0001 4123 00

Ihr Ansprechpartner ist
Thomas Oelerich
Referent für Kommunikation
und Fundraising
Telefon 0221 – 91 27 32-32
E-Mail oelerich@forumZFD.de

Wie Sie das forumZFD unterstützen können



Transparenz
Das forumZFD ist Unterzeichner der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“:
www.forumZFD.de/transparenzinitiative

Initiative Transparente Zivilgesellschaft

Damit verpflichten wir uns offenzulegen, welche Ziele wir als Organisation verfolgen, woher unsere Mittel stammen, wie sie verwendet werden und wer darüber entscheidet. Jedes Jahr prüft eine externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unseren Jahresabschluss. Das Kölner Finanzamt prüft zudem alle drei Jahre die Steuerbefreiung und damit die Berechtigung zur Ausstellung von Spendenbescheinigungen.

Online-Banking / Ihre Spende übers Internet
Viele unserer Spenderinnen und Spender nutzen das Online-Banking, um uns eine Spende zukommen zu lassen. Unsere Bitte: Geben Sie Ihren Namen und Ihre Adresse vollständig an, damit wir Ihnen eine Zuwendungsbestätigung schicken können. Nähere Informationen finden Sie unter ***www.forumZFD.de/spenden***.

Regelmäßige Spenden
Mit einer regelmäßigen Spende (Einzugsermächtigung oder Dauerauftrag) helfen Sie, unsere Friedensprojekte und die Öffentlichkeitsarbeit langfristig planbarer zu machen. Einen Überweisungsträger bzw. ein Formular für eine regelmäßige Förderung finden Sie im Anschreiben zu diesem MAGAZIN.

Mitglied werden
Wir freuen uns sehr über neue Mitglieder. Der Beitrag liegt bei 180,00 € im Jahr / ermäßigt 90,00 €.

Spendenbescheinigung ab 50 €
Wir stellen für Spenden ab 50 € mit Beginn des folgenden Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung für Sie aus. Dafür benötigen wir unbedingt Ihre vollständige Anschrift. Sollten Sie mehr als einmal im Jahr gespendet haben, erhalten Sie eine sogenannte „Sammelbestätigung“ über alle Spendenbeträge.

Adress- und Namensänderungen mitteilen!
Sollte sich Ihre Adresse geändert haben, bitten wir Sie um eine kurze Information per Telefon ***0221 – 91 27 32-0*** oder per E-Mail an ***kontakt@forumZFD.de***.

Ihr Ansprechpartner

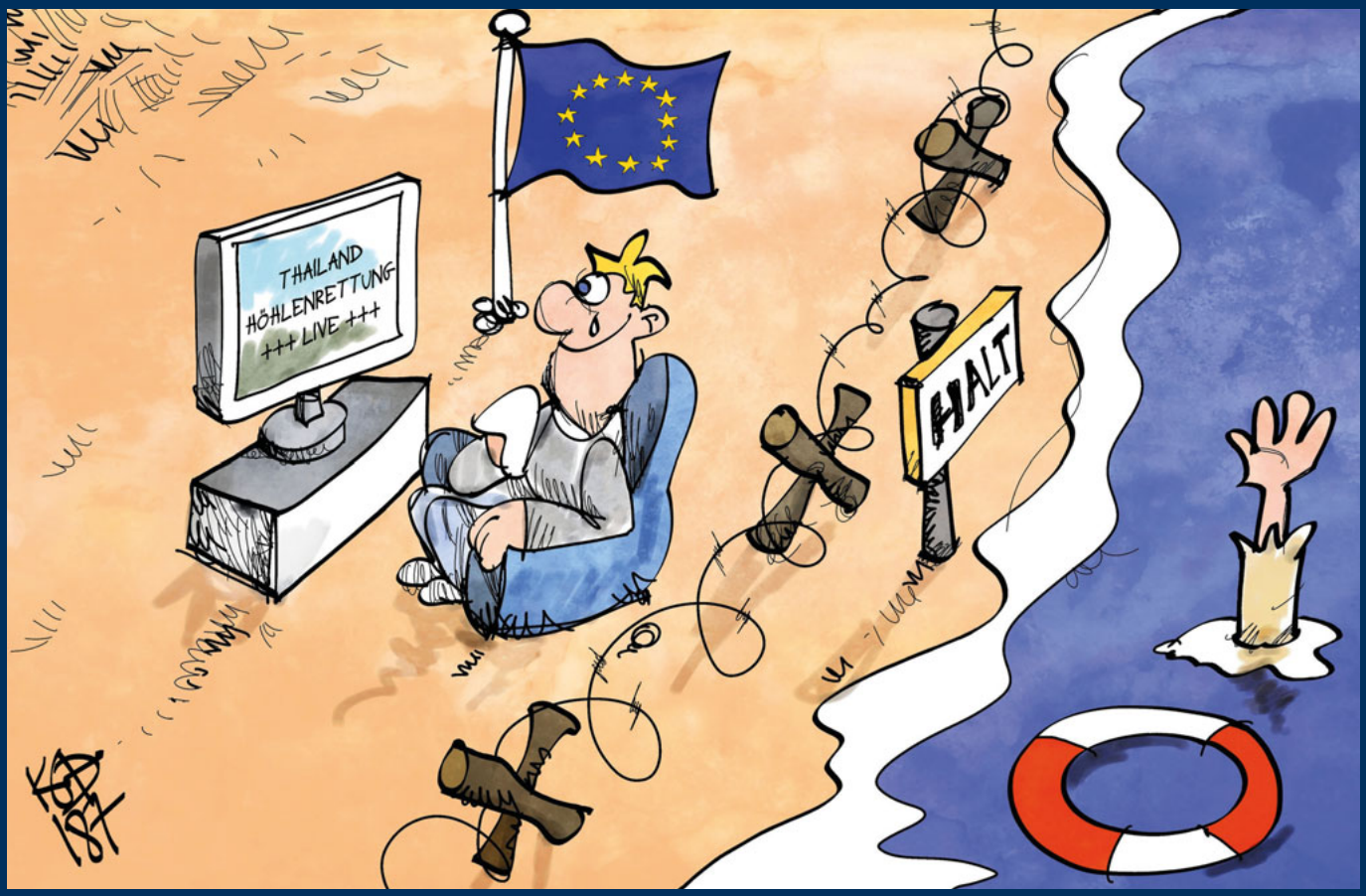
Bei Fragen zu Spenden oder zur Stiftung wenden Sie sich bitte an ***Thomas Oelerich*** per Telefon ***0221 – 91 27 32-32*** oder per E-Mail ***oelerich@forumZFD.de***.

Allen Spenderinnen und Spendern gilt unser herzlicher Dank!

„Menschen sind wie Schallplatten: Nur gut aufgelegt kommen sie über die Runden.“

Martin Luther King

forumZFD



mit freundlicher Genehmigung von Kostas Koufogiorgos

Entschieden für Frieden

forumZFD
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8
50825 Köln

Telefon 0221 – 91 27 32-0
Fax 0221 – 91 27 32-99
E-Mail kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01
BIC BFSWDE33XXX